

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/153

Bonn, den 13. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Mit Gomulka als Europäer reden ? 62

De Galle und Osteuropa  
Von G. Markscheffel

3 "Entwicklungshilfe" durch Gastarbeiter 35

1,15 Milliarden DM  
werden jährlich in die Heimat geschickt

4 "Nur" Briefträger ? 49

Bemerkungen zu "Sprachregelungen"  
an Rande der NS-Prozesse

5 Nähert sich Rumänien den Blockfreien ? 45

Kairo-Konferenz wirft Schatten voraus  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

\* \* \* \* \*

Mit Gomulka als Europäer reden ?

De Gaulle und Osteuropa

Von G. Markscheffel

Kurze Zeit, nachdem de Gaulle im Jahre 1958 Staatspräsident geworden war, wurde in Paris behauptet, er wolle "mit Chruschtschow als Europäer reden". Das sollte besagen, de Gaulle sei der Meinung, ein starkes Frankreich könne die Sowjetunion eher von der Notwendigkeit der Beendigung des Kalten Krieges in Europa überzeugen, als die Amerikaner oder gar das von den USA angeführte Verteidigungsbündnis der NATO.

Die ersten Versuche, den Krenlober an einer friedlichen Politik gegenüber Westeuropa zu interessieren, machte de Gaulle im zeitigen Frühjahr 1960, als Chruschtschow Frankreich besuchte. Sald darauf, anlässlich der dann gescheiterten Gipfelkonferenz in Paris, wiederholte de Gaulle diesen Versuch, mußte ihn jedoch wegen der damals äußerst gespannten Atmosphäre zwischen Moskau und Washington aufgeben. Je stärker aber die USA ihre Macht in anderen Teilen der Welt engagieren müssen, um so eindringlicher verfolgt de Gaulle das Ziel, mit den Staaten des Ostblocks über die normalen diplomatischen Beziehungen hinaus ins Gespräch zu kommen. Nach der erfolgreichen diplomatischen Mission des früheren Ministerpräsidenten Edgar Faure in Peking schickte de Gaulle seinen Vertrauensmann zu Tito. Hier ging es um eine Analyse der Möglichkeiten des Zusammenspiels von Paris und Belgrad bei dem Versuch de Gaulles, neue politische Konstellationen sowohl im Mittelmeerraum als auch in Mitteleuropa zu schaffen.

\* \* \*

Eines der ersten Ergebnisse der Faure-Mission in Belgrad war die Einladung des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer nach Paris. Gleichzeitig verstärkte die französische Diplomatie ihre Bemühungen um eine gute Zusammenarbeit mit anderen Ostblockländern in Prag und Warschau. Ermutigt durch den spektakulären Erfolg des rumänischen Besuchs in Paris bereitet de Gaulle jetzt Staatsbesuche des polnischen und des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten vor. Hierbei ist noch nicht sicher, ob Gomulka nach Paris oder de Gaulle nach Warschau reisen wird.

Wer aber annehmen sollte, daß diese diplomatischen Aktivitäten von de Gaulle den Unwillen Moskaus ausgelöst hätten, befindet sich in einem großen Irrtum. In Paris wissen Kingwishts davon zu berichten, daß der sowjetische Botschafter Winogradow - ein Mann übrigens, den de Gaulle schon einmal öffentlich mit "mein alter Freund" tituliert hat - über alle Schritte des französischen Staatspräsidenten in Belgrad, Bukarest, Warschau und Prag laufend unterrichtet wird.

\* \* \*

Unauffällig, aber ebenso intensiv, bereitet sich die französische Wirtschaft auf die Aktivierung der Ostpolitik de Gaulles vor. Seit langem ist bekannt, daß von offizieller und offiziöser Seite bei internationalen Verhandlungen der Westmächte über Kreditwährungen an Ostblockländer die französischen Delegationen ständig versuchen, die Fünfjahresgrenze für Kreditvereinbarungen mit Ostblockländern zu durchbrechen. Erst kürzlich hat der französische Finanzminister in Warschau vor Journalisten erklärt, die französischen Banken und die Wirtschaft betrachteten es als einen Anachronismus, wenn die Westmächte bei Krediten an Ostblockländer so kurze Fristen wie den Fünfjahreslimit setzen. Jetzt wurde von französischen Banken - offenbar auf Veranlassung von de Gaulle - ein Memorandum ausgearbeitet, in dem dargelegt wird, daß Kredite und Investitionen für den Bau größerer technischer Anlagen, wie z.B. chemische Fabriken, Elektrizitätswerke usw., eine Laufdauer von mindestens 15 Jahren haben müßten, da andernfalls direkte oder indirekte Beteiligungen französischer Gelägeber an derartigen Objekten volkswirtschaftlich und politisch nicht zu rechtfertigen seien. Wenn man schon entschlossen sei - so wird in dem Memorandum argumentiert - die industrielle Entwicklung der Ostblockstaaten zu fördern, dann dürfe man nicht mit halben Maßnahmen aufwarten.

\* \* \*

Welche unmittelbaren politischen Konsequenzen sich aus der immer deutlicher abzeichnenden diplomatischen Marschrichtung de Gaulles für die Bundesrepublik ergeben, ist noch nicht ganz klar. De Gaulle will, trotz seiner Verbundenheit mit der Freiheitlichen Politik des Westens, den nach seiner Ansicht in Bewegung geratenen Differenzierungsprozeß innerhalb des östlichen Machtbereichs weiter fördern. Er geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß zwischen Frankreich, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei alte traditionelle, politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen bestehen, die auch dadurch nicht völlig zerstört wurden, daß die betreffenden Ostblockstaaten inzwischen kommunistische Regierungen erhalten und ihren gesellschaftlichen und staatlichen Aufbau nach dem zweiten Weltkrieg jenseits der Freiheitsvorstellungen der westlichen Demokratien vollzogen haben.

Das stört den Pragmatiker de Gaulle nicht. Ihm kommt es darauf an, auch jenseits der quer durch Europa gehenden Demarkationslinie zwischen Ost und West das europäische Bewußtsein der dort lebenden Völker zu Gunsten seiner Vorstellungen von der Führungsrolle Frankreichs in Europa zu beeinflussen.

Es erhebt sich die Frage, ob alle diese Probleme auch im Rahmen der Konsultationsverpflichtungen des deutsch-französischen Elysée-Vertrages zwischen Paris und Bonn besprochen worden sind. De Gaulles ost-europäische Aktivitäten berühren auch unmittelbar die Position der Bundesrepublik nicht nur im Rahmen der europäischen Gemeinschaften, sondern auch im Blick auf das Problem No. 1 der deutschen Politik: die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden.

\* \* \*

### "Entwicklungshilfe" durch Gastarbeiter

---

1,15 Milliarden DM werden jährlich in die Heimat geschickt

sp - Welche Bedeutung die annähernd eine Million in der Bundesrepublik beschäftigten Gastarbeiter für unsere Volkswirtschaft haben, dürfte allgemein bekannt sein. Es gibt nicht wenige Betriebe, die ohne die Mitarbeit ausländischer Arbeitskräfte nicht in der Lage wären, ihre Lieferstermine einzuhalten. Das Wissen um die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gastarbeiter hat unter anderem auch dazu geführt, daß hier und dort aufgetretene Spannungen zwischen Einheimischen und Gästen mit der Zeit abgebaut werden konnten. Vielfach haben sich die Gastarbeiter nach Überwindung anfänglicher Sprachschwierigkeiten in das Leben der Bundesrepublik recht gut eingefügt, und nicht selten haben sich gute Freundschaften zwischen deutschen und ausländischen Kollegen entwickelt.

Weniger bekannt ist die Tatsache, daß die meisten ausländischen Arbeiter einen erheblichen Teil ihres Verdienstes nach Hause schicken und auf diese Weise eine indirekte und kaum in Erscheinung tretende "Entwicklungshilfe" für ihre Heimatländer leisten. Im Durchschnitt überweist ein Gastarbeiter ein Viertel bis ein Drittel seines Einkommens an seine Familie in der Heimat.

Der Unterschied zwischen den einzelnen Nationalitäten ist nicht groß. An der Spitze stehen die Spanier mit ca. 1850 DM pro Kopf im Jahr. Ihnen folgen die Türken mit ca. 1800 DM im Jahr und die Italiener mit 1750 DM. Jugoslawen und Griechen beteiligen sich an dieser Art von "Entwicklungshilfe" mit durchschnittlich 1500 bis 1550 DM jährlich.

Wenn man berücksichtigt, daß in den Empfängerländern und besonders in den Gegenden, aus denen die meisten Gastarbeiter kommen, der Lebensstandard unverhältnismäßig niedrig ist (in Griechenland lag das durchschnittliche Monatseinkommen im Jahre 1962 bei 135 DM), bedeutet die Geldüberweisung eines griechischen Gastarbeiters an seine Familie etwa die Verdoppelung des Monatseinkommens.

Insgesamt haben die Gastarbeiter im Jahre 1963 rund 1,5 Milliarden DM in ihre Heimatländer überwiesen. Diese Zahl dürfte sich in Jahre 1964 wegen der ständig wachsenden Mitarbeit der Gastarbeiter in der Bundesrepublik noch erhöhen. Wirtschaftspolitisch interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Spanien und Jugoslawien DM-Überweisungen ganz offiziell als "Devisenzuschuß" im Staatshaushalt bezeichnen.

"Nur" Briefträger ?  
-----

G.D. - Es ist an der Zeit, unsere fleißigen Briefträger in Schutz zu nehmen. Diesmal nicht, weil sie für ihre schwere Arbeit nicht gut genug bezahlt werden, sondern weil man immer wieder in deutschen Zeitungen lesen muß, kleine, hohe und höchste Würdenträger des NS-Regimes seien nichts anderes als "Briefträger" gewesen. Das ist eine Beleidigung für unsere Postbeamten, denn der Beruf des Briefträgers ist ein ehrenwerter Beruf, während ein Adjutant des Reichsführers der SS, Himmler, nicht unbedingt in die Kategorie ehrenwerter Männer einzureihen ist.

Deshalb hört endlich auf, von Briefträgern zu reden und zu schreiben! Hundert Meter gegen den Wind ist es zu riechen, daß diejenigen, die sich heute eine ehrenwerte Berufsbezeichnung anmaßen, noch vor einigen Jahren Entscheidungen über die Ermordung von hunderttausenden Menschen treffen konnten.

Wer die Berichte vom Auschwitz-Prozeß in Frankfurt, vom Wolff-Prozeß in München und neuerdings vom SS-Prozeß in Hannover aufmerksam verfolgt, muß früher oder später zu folgender Feststellung gelangen: Die höchsten Funktionsträger des "Dritten Reiches" waren Verbrecher, Schwachsinnige, Simulanten, gewissenlose Roboter oder alles zugleich. Keiner der Angeklagten in diesen Prozessen hat "etwas gewußt", keiner hat "etwas gesehen", keiner hat "etwas gehört"! Eigenhändig unterzeichnete Befehle werden mit der Bemerkung abgetan, man habe nur seine Unterschrift gegeben, ohne das Dokument selbst zu lesen. Wenn Tausende von Menschen, die in der Umgebung von Vernichtungslagern wohnten, die Fenster und Türen ihrer Häuser schließen mußten, weil sie den Geruch der Verbrennungsöfen nicht ertragen konnten, behaupten die unmittelbar Beteiligten und Verantwortlichen frech, sie hätten nicht einmal gehört, was dort vor sich gegangen sei. Nur ganz selten sagt einer dieser Männer vor Gericht, er habe diese oder jene Mordtat begangen. Gleich fügt er aber hinzu, das sei nur auf Befehl geschehen. Und derjenige, der den Befehl gegeben hat, sitzt auf derselben Anklagebank; er weiß nichts von einem Befehl und behauptet - wenn er ganz in die Enge getrieben wird - er könne sich nicht mehr daran erinnern.

Das sind die sogenannten unteren Chargen. Bei Himmlers Adjutant Wolff, der mit zu den höchsten Chargen gehörte, ist es nicht viel anders. Er spielt vor Gericht den Edelnazi, der nur seinen Rasseninstinkt folgend die Stufenleiter der NS-Hierarchie mit einer Schnelligkeit hinaufgeklettert ist, die darauf schließen läßt, daß er keineswegs "nichts gewußt" hat. Im übrigen hat ja der Himmler-Adjutant auch nach dem Kriege gezeigt, daß er kein Ignorant ist. Sein Vermögen, aufgebaut mit Hilfe eines großangelegten Inseratengeschäfts für Industrieanzeigen, ist beträchtlich.

Zu bewundern - oder wie soll man es sonst nennen? - sind die Richter und Staatsanwälte der bundesrepublikanischen Gerichte, die trotz der ganz offensichtlichen Unverfrorenheit der vor ihnen stehenden Angeklagten soviel Selbstdisziplin üben, daß die Würde der Gerichte unseres Rechtsstaates gewahrt bleibt. Die Geschichte hat über die schreckliche Vergangenheit längst den Stab gebrochen. Und doch ist es erforderlich, daß man sich immer wieder ins Gedächtnis ruft, was Geistes Kind die Männer sind, die sich jemals angemaßt haben, für Deutschland zu sprechen. Brutal, als sie mächtig waren, schäbig und feige, wenn sie vor Gericht stehen.

Nähert sich Rumänien den Blockfreien ?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Während aus der rumänischen Hauptstadt Bukarest am Vorabend des zwanzigsten Jahrestages des Rückzugs der deutschen Truppen immer mehr Stimmen ins Ausland dringen, die den sowjetisch-rumänischen Konflikt kurz-terzuspielen suchen, hielt der rumänische Botschafter in Belgrad mit jugoslawischen Journalisten eine Pressekonferenz ab, die sowohl die günstige Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen der beiden Nachbarländer als auch die positive Rolle der blockfreien Staaten in der Welt-politik lobte. Der Botschafter, der seine Pressekonferenz sicherlich nicht aus eigener Initiative abgehalten haben dürfte, betonte, daß die rumänische Regierung die blockfreien Länder wiederholt bei vielen Aktio-nen unterstützt habe und - dies unterstrich er jedoch im Zusammenhang mit den rumänisch-jugoslawischen Beziehungen - Rumänien sich in Zukunft bei der Behandlung vieler internationaler Fragen an der Seite Jugosla-wiens finden werde.

Ein solch offenes Lob für die Politik der Blockfreien war bisher in Bukarest noch nicht zu hören gewesen. Daß es aus dem Munde eines Botschafters kommt, mag zur Vorsicht bei der Beurteilung dieser Aus-sprüche und ihrer Bedeutung für die künftige rumänische Außenpolitik mahnen. Andererseits kann jedoch außer Zweifel stehen, daß die Bel-grader Aktion von der rumänischen Regierung gebilligt gewesen sein dürfte. Und eben in diesem Lichte können die Ausführungen als ein vor-sichtiges Annähern Rumäniens an die Politik der blockfreien Staaten gewertet werden.

Dem widersprechen keineswegs die aus Bukarest zu hörenden Stimmen, die den rumänischen Interessenkonflikt mit Moskau verkleinern wollen. Im Gegenteil, sie scheinen sich sogar bis zu einem gewissen Ausmaße logisch zu ergänzen. In der gegebenen politischen Konstellation ist es klar, daß Rumänien sich aus seiner Abhängigkeit von der Sowjetunion vollends nicht lösen kann, selbst wenn es dies vielleicht wollte. Die Grenzen der rumänischen außenpolitischen Freiheit von Moskau können sich nämlich trotz des demonstrativen Flirts mit dem Westen auf die Dauer im Höchstfalle in den Bahnen eines kommunistischen Staates wie Jugoslawien bewegen, dessen Außenpolitik von Chruschtschow seit einiger Zeit als positiver prosozialistischer Faktor in Weltgeschehen an-erkannt wird. Moskau kann also Bukarest nicht verurteilen.

Aber selbst eine Annäherung an die Politik der Blockfreien kann für Bukarest nur eine langfristige Orientierung sein, die Anfolge der politisch-militärisch-wirtschaftlich-ideologischen Bindungen an den Ostblock vor heute auf morgen kaum zu verwirklichen sein dürfte. An-dererseits kann jedoch ein Näherrücken an die blockfreie Politik das Maximum dessen darstellen, was sich die kommunistischen Politiker Ru-mäniens herausnehmen dürfte. Es wird mit Interesse zu verfolgen sein, ob solche Bukarester Andeutungen, wie sie in Belgrad in diesen Tagen gemacht wurden sind, anlässlich der bevorstehenden Kairoer Konferenz der blockfreien Staaten in irgendeiner Form konkreten politischen Ausdruck finden werden.